

# Protokoll

Der verordnlichen Landtagssitzung am 30. Jänner  
1920, vormittags 9 1/2 Uhr, im Landtagssaal.

Anwesend sind: Landtagspräsident Prinz Karl,  
der Ministerpräsident Prinz Eduard und 12  
Abgeordnete, Mayerer, Mangser und Risch  
sind entschuldigelt abwesend.

Das Protokoll der letzten Sitzung  
wird vorgelesen und genehmigt.

Der Präsident erteilt dem Abge-  
ordneten H. Beck das Wort zu einem  
Referat über die am 23. und 24. Jänner  
in Bonn erfolgten Unterhandlungen.  
Dieser führt aus, daß die Liniensteuerver-  
günstigungen im Handelsvertrage in Bonn  
freundlich aufgenommen worden sei; insbe-  
sondere hätte er sich nur um eine un-  
verbindliche Versicherung gefandelt.  
In seiner Schlussrede habe der Vorgesetzte  
der Verhandlungen, Minister Finckert,  
die Hoffnung ausgedrückt, daß zwischen  
den beiden Ländern ein neuer  
wirtschaftlicher Zusammenfluß zustande  
kommen möge. Zur Begründung seiner  
Sprache gegen die Ablehnung wurde eine  
Spezialkommission nach Linienstein kom-  
missioniert. Die zu erwartenden Ergebnisse  
aus dem Vertrage mit der Schweiz

fällen noch nicht fixiert werden können.  
 Für die speziellen Wünsche der Vaterländer  
 der habe man in Bonn selbst verständlich.  
 Die Bundesregierung in Bonn muss  
 nun von unserer Regierung offizielle  
 Aufträge. Bei Anlaß der Währungsänderung  
 müßten wir die lateinischen Münzzeichen  
 beibehalten. Im Post-, Zehnpfennig- und  
 Fünfcentenmarken haben die Aufträge vor-  
 gegeben, daß die Wünsche unserer Länder  
 erfüllt werden können. Auf die  
 Forderung des Fünfcentenmarkens u. eines Wä-  
 rungsbedarfs wurde man sich in  
 Bonn nicht abzugeben können. Der Präsident  
 fügte obiges Thema noch weiter an, indem  
 er erwähnte, daß der Fall, in welchem  
 die Verhandlungen ausgefallen werden  
 können, ein Vergleich zwischen der  
 Bundesregierung mit der Oberpostdirektion  
 haben eine prinzipielle Einigung vor-  
 gegeben. Der Postvertrag könnte eventuell  
 schon vor dem Zollsvertrag abgeschlossen  
 werden. Der Bundespräsident Meißner  
 habe ihn wünsche, dem Linienminister  
 Wolke seine Wünsche zu überbringen und  
 in seiner Tätigkeit zu verifizieren. Abg.  
Schädel dankt für die Grüße von Seiten  
 des Präsidenten der parlamentarischen  
 Versammlung, hat aber bedauert, daß  
 der Abschluß der Verhandlungen nicht zu lange

sinnlich geübt werden. Die Arbeiter,  
~~die Disziplin, Disziplin, die Disziplin,~~  
 überlange alle jene, die nicht zu dem  
 Fortschreiten führen, sind in einer  
 bedenklichen Lage; sie fallen in  
 Armut arbeiten und mit Kranken be-  
 zahlt. Es müsse nicht nur ein Antrag  
 gestellt werden, daß ein Gesetz gegeben  
 solle werden, auch sei sofort eine Maßnahme-  
 vorgehenskommission zu wählen.  
 Der Präsident sagt, daß von einer Anweisung  
 keine Rede sei; die Disziplin werde jetzt  
 eingehend geprüft der Frage. Es glän-  
 ze mit dem besten dem Postvertrag schon  
 vor dem Zollvertrag abzustimmen. Dr. Beck  
 unterstützt diese Ansicht der Versammlung.  
 Der Minister Graf von Prinz Eduard er-  
 spricht das Wort, um ebenfalls zu dem  
 Antrage in dem zu sprechen.  
 Er habe sich dort gegeben, daß dieser  
 Antrag der versammelten Versammlung sei, in dem  
 sei keine Anweisung vorhanden gewesen  
 und dieser Antrage mit Über-  
 reich sein nicht über aufgefaßt werden.  
 Der Kaiser Finnen aus dem Zoll-  
 vertrag mit der Disziplin werden deshalb  
 nicht nicht so groß sein, weil die Disziplin  
 hauptsächlich auf Lügenwahrheiten bedenkliche  
 Anweisungen gegeben habe. In demselben  
 bezeugen wir jetzt wenig Lügenwahrheiten.

Linienstein haben aber ein großes Interesse  
 daran, möglichst viel einzunehmen. Die  
 Anschlagzettel dürften sich zwischen 15-20 pro  
 Cent liegen, sie hätten aber noch mehr festge-  
 setzt werden können. In Bonn haben man  
 die Auffassung gefaßt, die Anschlagzettel  
 der Zollgrenze vom Rhein an die Grenze  
 gegen Nordamerika zu verlegen eine  
 Vermehrung der Zollprocente um 100 Man.  
 Die Liniensteuere Delegation hätte  
 jedoch erwartet, daß diese Maßnahme zu  
 sehr geringen sei. Die Kosten für die  
 Zollgebäude dürften bedeutend sein.  
 Die Nationalversammlung sei das Funda-  
 ment der Organisation unserer Wirtschaft.  
 Leben. So werde man sich so möglich,  
 wenn eine parlamentarische Bank ein An-  
 sehen zu erhalten, allerdings eine ge-  
 genwärtige synguläre Disziplin.  
 Die Herren müßten dann bedeutend mehr  
 mit der Liniensteuer als dem Weinsteu-  
 ergesetz zu tun haben werden. Wenn  
 die Gemeinden ihre Besitzungen (Wäl-  
 der mit Acker) zur Bekämpfung der  
 Anschlagzettel stellen, so dürfte wohl auf der  
 Landesfürst seinen fünfzigsten Besitz  
 als Gegenstück für ein Ackerland zu geben.  
 Er habe auf mit einem bedeutenden  
 Kaufmann, dem Herrn Prof. Landman in  
 Basel, über unsere Maßnahmensänderung

gegeben. Dieser habe versichert, daß die  
 Forderungen bei der Barkasse noch befristet  
 zugesetzt werden sollten, um Gärten  
 und Wälder zu vermeiden.  
 Dieser ganze Vermögens müßte sodann  
 zugesetzt u. an einem bestimmten Tage  
 festgesetzt werden. Das Wasser ins Land  
 käme, würde nicht mehr bewirtschaftet  
 werden. Das ganze Linienstrich Volk  
 sollte dann aber dafür sorgen, daß  
 die Forderungen im Lande bleiben.

Hr. Beck wünscht, daß beim Abfluß des  
 Zollentwerges die vor dem Kriege in  
 Österreich gehaltenen individuellen Steuern  
 nicht aufgehoben bleiben dürfen, in  
 der Hinsicht dasjenige, was von einer  
 Monarchie frei. Es stellt ihm zwei  
 Entwürfe, nämlich 1.; Der Landtag stellt  
 an die f. l. Regierung das Ansuchen,  
 bei der kaiserlichen Regierung dass  
 befreundeten Entwurf auf Zollenfluß  
 unseeres Landes an die kaiserliche zu stellen  
 und zugleich um eine kommissionelle  
 Untersuchung der Grenze gegen Norarberg  
 zur Feststellung der erforderlichen Zoll-  
 personal anzusehen und 2. „Regierung  
 mit Landtag Finanzkommission sollen  
 eine Kommission zum Studium der  
 Mäßigungsverhältnisse bestellen.“  
 Beide Entwürfe werden einstimmig ange-  
 nommen.

Hierauf spricht man zur Befestigung der  
Verträge.

I. Handelsvertrag zwischen der Königl.  
Lich Österreich mit dem Fürstentum Liechtenstein.  
Der Vertrag wird verlesen. Hr. Beck wünscht,  
dass alle Punkte genau durchgesehen, jeder  
wagt von der Finanzkommission festgesetzt  
werden. Fürstbischof Prinz Eduard bemerkt,  
dass es sich lediglich um einen unmerklichen  
Lösen Kaufmann-Gehalts handelt. Die Art.  
Artikel 2 und 6 sollten zu unseiner Gunsten  
abgeändert werden. Für den Postvertrag sei  
eine neue Kaufgrundlage erforderlich.  
Abg. Schädler findet, der Vertrag habe un-  
nötig Zusatz, besonders sollte das gegen-  
seitige Recht im Artikel 2 vermehrt sein.  
Aufmerksam sei vor allem der letzte Absatz  
des Artikels 6. Hr. Präsident sagt, dass wir  
in Wien nicht auftreten dürfen wie in  
Clemenceau. Abg. Hasler bemängelt, dass  
im Vertrage kein Punkt sei, der den  
Winfahrttrieb nach den Vorarlberger Alpen  
verleihe. Abg. Haas erklärt sich, dass man  
mitnehmen dürfe, wenn man auf Vorarlber-  
ger Gebiete zur Arbeit gehe. Er schlägt  
Ausschluss. Hierauf wird der Vertrag mit  
der Zustimmung einstimmig angenommen,  
dass er von der Finanzkommission nochmals  
überprüft werden solle.

Hier kommt zur Debatte

II. Übereinkommen betreffend die Normal-  
tarif und Befreiung des Postdienstes und  
der Telegraphen- und Fernsprechnetze  
im Fürstentum Liechtenstein: Der  
 Entwurf wird vorgelesen. Der Präsident  
 empfiehlt denselben <sup>zur Annahme</sup> dann so für sich und  
 zustimmend. Er fragt sich allerdings ob  
 er auf dem Weg in Kraft treten  
 solle, wenn mit dem Postvertrag schon  
 mit dem Zellenvertrag mit der Schweiz  
 abgeschlossen worden. Hr. Beck wünscht  
 halbjährige Kündigung. Prinz Eduard  
 empfiehlt die Annahme des Überein-  
kommens ebenfalls, die österr. Postver-  
 waltung sei ihm sehr entgegengekommen.  
 Er schlägt <sup>hier</sup> 3 monatliche Kündigung vor.  
Herr Schädler wünscht, daß man am  
 Freitag nachmittags 1 Stunde telegra-  
 mieren könne. Die Postkapoten sollten  
 besser bezahlt werden, denn ihm sind  
 20 Kronen täglich worden für halt ni-  
 mant mußte besorgen. Die Ablösung  
 der Anlagen und Apparate sei für  
 sich angemessen. Die Postanstalten  
 müssen die gleichen Gesetze bezeugen  
 wie die anderen und Lizenzen. Der  
Präsident erwirbt, daß der Landtag  
 nicht kompetent sei, für die Postange-  
 legenheiten eine andere Befreiung als  
 die bisherigen zu beschließen. Rudolf

gehalten auf die Feste, wenn wir die  
 zügig einen Vertrag mit der Regierung  
 abschließen werden. Der Herr Prinz  
 unterstützt die Aufforderungen der  
 Regierung, denn man <sup>hat</sup> sonst in  
 all auf in Wien gewünscht, daß eine  
 Verhandlung in der Lösung der  
 Festung als die einzigen Lokale  
 müßte. Abg. Dr. Beck unterstützt den  
 Abg. Schädler, ist aber mit dem  
 Vorschlag nicht einverstanden, wenn  
 die Kündigung auf 3 Monate  
 setzt werden. Er wünscht  
 daß am Freitag nachmittags 1  
 befragt werden können, die  
 Festung stellen haben sie zu  
 und nicht müßte verhandelt  
 Die Forderung Schädlers, daß die  
 Festung stellen der  
 sollen sein die  
 der sie nachsichtlich so  
 man diesen anerkennen, damit  
 befolgt sein die  
 der die. Abg. Schädler hält  
 Forderung <sup>an</sup> auf, <sup>den</sup> ~~den~~ <sup>den</sup> ~~den~~  
 nicht annehmen, so müßte er  
 Zustimmung versagen. Der  
 dann mit der Abänderung  
 der Kündigung (3 Monate) mit  
 gegen eine

Antrag

den Antrag



III. Erhöhung der Tagelder für die Gemein-  
devertretungen mit Weisfaßmehrkorn-  
missionen.

Die Regierungsvorlage lautet auf  
eine Erhöhung um 100%. Auf Antrag des  
Abg. Dr. Beck wird eine Erhöhung um  
150% mit allen gegen 2 Stimmen be-  
schlossen.

IV. Regierungsvorlage bezüglich Erhöhung  
der Hundsteuer. Der Antrag lautet:

1. Die Höhe der Steuer vom 18. Aug. 1911  
L. G. H. Nr. 7 mit 10 Kr festgesetzter Hund-  
steuer soll auf 50 Kr erhöht werden.
2. Die f. Regierung wird ermächtigt,  
in besondern begründungswürdigen  
fällen diesen Betrag aufzuheben nicht  
zu erheben. Der Antrag wird mit  
allen gegen 1 Stimme angenommen.

Abg. Schädler müßte noch eine wis-  
sige und dringende Angelegenheit bz.  
Der Spreier und Pflanzmasse vorbrin-  
gen. Da es aber schon spät sei, soll die  
Sache erst bei der am nächsten Tag  
denen Besprechung des Landtages zur  
Besandlung gelangen.

Der Präsident schließt die Sitzung.